



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 176. Ratssitzung vom 21. Januar 2026

5719. 2025/412

Weisung vom 17.09.2025:

Elektrizitätswerk, Realisierung und Erwerb von Grossbatteriespeicheranlagen, Rahmenkredit

Antrag des Stadtrats

1. Für die Realisierung und den Erwerb von Grossbatteriespeicheranlagen, für den Kauf oder die Erhöhung von Beteiligungen an Gesellschaften, die solche Grossbatteriespeicheranlagen halten, für die Gründung von Gesellschaften, die direkt oder indirekt solche Grossbatteriespeicheranlagen halten oder realisieren sowie für die Gewährung von Darlehen an solche Gesellschaften wird ein Rahmenkredit von Fr. 20 000 000.– bewilligt.
2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits entscheidet der Stadtrat.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Schlussabstimmung:

Stéphane Braune (FDP): Die Energieperspektive 2050 sieht einen massiven Ausbau der Photovoltaik (PV) vor. Heute werden in der Schweiz rund 6 Terawattstunden Strom pro Jahr aus Photovoltaik produziert. Künftig sollen es zusammen mit Solar- und Windenergie rund 24 Terawattstunden sein – also eine Vervierfachung der heutigen Produktion. Dabei müssen Stromproduktion und -verbrauch jederzeit im Gleichgewicht sein. Die Solar- und Windenergie unterliegen jedoch wetterbedingten Schwankungen. Je stärker diese Energien ausgebaut werden, desto wichtiger wird es, Produktion und Nachfrage miteinander in Einklang zu bringen. Ein sichtbares Zeichen dafür ist die Zunahme der Stunden mit negativen Strompreisen von 70 Stunden im Jahr 2022 auf 300 Stunden heute – mit steigender Tendenz bis ins Jahr 2025. Ein bewährtes Instrument zur Flexibilisierung und Dynamisierung der Stromproduktion ist die Wasserkraft. Wie bekannt, gestaltet sich deren weiterer Ausbau in der Schweiz schwierig. Um die Produktionsflexibilität zu steigern, möchte das Elektrizitätswerk (ewz) zusätzliche Grossbatteriespeicher einsetzen. Diese sind Gegenstand der Weisung, mit der ein Rahmenkredit von 20 Millionen Franken beantragt wird. Damit sollen Stand-alone-Grossbatteriespeicher erstellt und betrieben oder Beteiligungen daran erworben werden. Diese Anlagen bestehen aus standardisierten Containern mit notwendigen Zusatzsystemen wie Lüftung und Brandschutz. Konkrete Projekte im Rahmen des Kredits sind in Aubugg in Zürich sowie in



Sils im Domleschg vorgesehen. Die Mehrheit der Sachkommission Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Departement Industrielle Betriebe (SK TED/DIB) – bestehend aus allen Fraktionen mit Ausnahme der AL – beantragt, der Weisung zuzustimmen.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag:

Dominik Waser (Grüne): *Der vorliegende Änderungsantrag wird von der Mehrheit der Kommission unterstützt. Dieser sieht einen dritten Dispositivpunkt vor, der festhält, dass der Rahmenkredit ausschliesslich für Projekte in der Schweiz zu verwenden ist. Wir sind der Ansicht, dass wir zunächst Erfahrungen mit solchen Projekten im Inland sammeln sollen, da es sich um einen grossen Rahmenkredit handelt, mit dem voraussichtlich zwei bis drei Projekte realisiert werden können. Die Kommissionsmehrheit ist deshalb der Meinung, dass diese ersten Umsetzungen in der Schweiz stattfinden sollen.*

Kommmissionsminderheit Änderungsantrag:

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Wir sind hier im wahrsten Sinn des Wortes eine Minderheit. Dennoch sind wir überzeugt, dass wir zu unserer Haltung stehen müssen. Konkret lehnen wir den Änderungsantrag ab. Die Beschränkung des Rahmenkredits auf Projekte im Inland erachten wir als nicht nötig und sachlich nicht begründet. Sie schränkt den Handlungsspielraum des Elektrizitätswerks (ewz) ein, ohne einen erkennbaren Mehrwert zu schaffen. Man könnte dies höchstens noch als eine Form von Protektionismus verstehen. Weshalb andere Parteien diese Einschränkung unterstützen, verstehen wir nicht. Die Idee hinter der Weisung finden wir hingegen sinnvoll und unterstützten diese voll und ganz. Es geht darum, Produktionsschwankungen im Tages- und Mehrtagesverlauf abzusichern, Strom zwischenzuspeichern und dann wieder dem Markt bzw. der Nachfrage zur Verfügung zu stellen, wenn er von den Konsumentinnen und Konsumenten benötigt wird. Nicht gelöst ist jedoch ein grundlegendes Problem: Auch wenn wir noch so viele Solar- und Windanlagen bauen – wobei gerade die Windkraft in der Schweiz aus Gründen wie der Anwohnerschaft zu wenig ausgebaut wird – bleiben erhebliche saisonale Schwankungen. Im Sommer produzieren wir an sonnigen Tagen zu viel Strom, was sich in Negativpreisen an den europäischen Strombörsen zeigt. Im Winter können wir hingegen nie genug Strom produzieren. Eine überzeugende Antwort darauf, wie dieses Problem langfristig gelöst werden kann, hat bisher niemand gefunden. Hier wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, weiter in Lösungen zu investieren. Batteriespeicher können Strom für einige Tage, maximal für ein bis zwei Wochen speichern. Eine saisonale Speicherung über mehrere Monate ist damit nicht möglich, es sei denn mit Stauseen. Ironischerweise sind es oft dieselben Personen, die den Ausbau erneuerbarer Energien fordern und sich dann aus landschaftlichen oder anderen Gründen gegen eine Erhöhung von Stauseen wehren. Diesen Gedanken möchte ich ihnen mitgeben.*



Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Christian Häberli (AL): Die AL lehnt die Weisung aus drei Gründen ab. Der erste Grund wird nicht überraschen: Es handelt sich um einen rein marktgetriebenen Infrastrukturausbau mit erheblichen Risiken. Das Hauptmotiv für den Bau solcher Grossbatteriespeicher liegt darin, Strom in Engpasssituationen teuer verkaufen zu können. Es geht also primär darum, bei Spitzenlasten Gewinne zu erzielen. Oder wie es kürzlich in einem Presseartikel hiess: «Mit Schwankungen Geld verdienen». Dieses Geschäftsmodell macht einen wesentlichen Teil des Umsatzes des ewz aus. Doch öffentliche Infrastruktur soll nicht der Gewinnmaximierung dienen. Der zweite Grund ist das bestehende Überangebot an Batteriespeichern im europäischen Stromnetz. In Deutschland spricht die Fachpresse bereits seit Längerem von einem «Batterie-Tsunami». Eine politisch unverdächtige deutsche Ingenieurszeitschrift weist darauf hin, dass «die rein marktgetriebene Integration grosser Speicher in bereits stark ausgelastete Verteilnetze Netzbetreiber vor erhebliche technische und planerische Herausforderungen stellt». Es kommt zu Netzenspässen, ungenügenden Anschlussleistungen und Problemen bei der netzneutralen Betriebsführung. Ohne gezielte netzdienliche Steuerung reagieren diese Speicher vor allem auf zentrale Preissignale und eben nicht auf lokale Engpässe, wie in der Einführung zur Weisung behauptet wird. Das kann die Systemeffizienz am Ende sogar regional verschlechtern. Vor diesem Hintergrund ist es für uns schwer nachvollziehbar, weshalb das ewz mit einem Rahmenkredit von 20 Millionen Franken in diesen Markt einsteigen will, wenn auch die BKW Energie AG angekündigt hat, in den kommenden Jahren 500 Millionen Franken in diese Technologie investieren zu wollen. Der dritte Grund ist die Umweltproblematik. Die Herstellung grosser Lithium-Ionen-Batterien erfordert Rohstoffe wie Lithium, Kobalt, Nickel und Mangan. Deren Abbau ist häufig mit hohen CO₂-Emissionen, massivem Wasserverbrauch und gravierenden Eingriffen in Ökosysteme verbunden. Wir wollen hier vermeintliche Ökologisierung betreiben, während wir an anderen Orten massive Umweltzerstörung in Kauf nehmen. Bekannte Beispiele sind geplante Lithium-Abbaugelände in Westserbien und Bosnien und Herzegowina. Die Projekte eines internationalen Konzerns haben dort zu landesweiten und anhaltenden Protesten geführt. Es kann nicht sein, dass wir in Zürich indirekt dazu beitragen, dass korrupte Regimes ihre Bevölkerungen unterdrücken. Auch geopolitisch tragen diese Rohstoffe zu Konflikten wie jenen rund um Grönland bei. Es kann nicht sein, dass «Zureich» solche Abhängigkeiten verstärkt. Aus unserer Sicht wären dezentrale Quartierspeicher auf der untersten Netzebene, etwa im Rahmen lokaler Energiegemeinschaften, sinnvoller. Solche Modelle wurden vom ewz selbst in Kampagnen propagiert. Dafür existieren zudem erprobte Technologien jenseits von Lithium-Ionen-Batterien. So könnte der Stromverbrauch vor Ort effektiv unterstützt werden. Das wäre ein ökologischer Umbau der Stromversorgung, wobei das ewz damit weniger Gewinne erwirtschaften könnte.

Weitere Wortmeldungen:

Tom Cassee (SP): Die SP-Fraktion unterstützt die Realisierung und den Erwerb von Grossbatteriespeicheranlagen aus drei Gründen. Erstens braucht die Energiewende diese Speicher. Solaranlagen in Kombination mit Speicherlösungen sind zentral, damit



wir das Potenzial der Solarenergie ausschöpfen können und Strom dann zur Verfügung steht, wenn er gebraucht wird. Batterien speichern Zürcher Solarstrom für den Abend und verhindern, dass saubere Energie verloren geht. Zweitens stärken Speicherlösungen die Versorgungssicherheit. Unser Stromnetz wird komplexer, nicht zuletzt aufgrund der Dekarbonisierung und zunehmenden Elektrifizierung. Damit steigt der Strombedarf. Batteriespeicher wirken hier als Puffer und tragen zur Stabilisierung des Netzes bei. Drittens stärken diese Investitionen unseren Service public. Wir verfügen mit dem ewz über ein hervorragend geführtes Elektrizitätswerk, auf das wir stolz sein können. Die Investitionen stellen sicher, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Selbstverständlich unterstützen wir auch den Antrag der Grünen, dass diese Speicherprojekte in der Schweiz realisiert werden sollen. Wer Klimaschutz und Versorgungssicherheit ernst nimmt, muss diesem Rahmenkredit zustimmen. Die SP-Fraktion tut dies mit Überzeugung.

Johann Widmer (SVP): Selbstverständlich ist die SVP hier auch dabei. Wir sehen ganz klar: Das sind direkte Folgekosten der grünen Energiepolitik. Je mehr Solarenergie und Windkraft ins öffentliche Netz eingespeist werden, desto grösser wird der Bedarf an Speichern. Ohne diese Speicher drohen Netzininstabilitäten oder im schlimmsten Fall Blackouts. Diese Kosten werden von den Grünen jeweils ausgeblendet, wenn sie das Märchen vom günstigen Solarstrom erzählen. Genau deshalb braucht die Stadt künftig noch deutlich mehr solcher Batteriespeicher. Wenn die Grünen beim Ausbau der Solarenergie weiter aufs Gaspedal drücken, dann wird die Stadt zwangsläufig mehr Grossbatterien brauchen. Darauf kann man sich einstellen. Selbstverständlich rentiert dieses Geschäft. Die Stabilisierung des Stromnetzes hat ihren Preis und die bereitgestellte Regenergie lässt sich gut verkaufen. Ja, liebe AL, damit kann man tatsächlich Geld verdienen. Es handelt sich um ein gutes Geschäft und deshalb unterstützen wir es auch.

Dominik Waser (Grüne): Wir haben bereits viele Argumente gehört. Mit einigen bin ich einverstanden, mit anderen weniger. Klar ist aber: Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Energiespeicherung notwendig ist und in den kommenden Jahren deutlich an Bedeutung gewinnen wird. Aus Sicht der Grünen sind Grossbatteriespeicheranlagen ein wichtiger Bestandteil der zukünftigen Energiepolitik – ein Puzzlestück unter mehreren. Niemand behauptet, dass Batteriespeicher alle Probleme lösen. Wichtig ist aber, dass das ewz vorwärtsmacht, erste Projekte umsetzt und Erfahrungen sammelt. Nur so können wir Möglichkeiten ausloten und beurteilen, wie diese Speicher sinnvoll eingesetzt werden können. Mit den künftig steigenden Strommengen, die hoffentlich aus Solar- und Photovoltaik betrieben werden, werden wir insbesondere im städtischen Raum mittel- und kurzfristige Speicherlösungen benötigen. Für die saisonale Speicherung im Winter verfügen wir bereits über Langzeitspeicher im Portfolio des ewz. Dass es dort noch Herausforderungen gibt, ist unbestritten und muss auf nationaler Ebene gelöst werden. Da gebe ich Benedikt Gerth (Die Mitte) recht. Dennoch gibt es Spielraum, um auch auf städtischer Ebene Fortschritte zu erzielen – dieser Rahmenkredit ist ein Teil davon. Mit Batteriespeichern lassen sich Verbrauchs- und Produktionsspitzen brechen. Richtig eingesetzt, können sie netzdienlich wirken und das Stromnetz entlasten. Gleichzeitig können sie verbraucherdienlich genutzt werden. Das ist kein Automatismus, sondern eine Frage der Steuerung. Ich gebe den Vorrednern insofern recht, als dass man



solche Anlagen auch rein zur Gewinnmaximierung betreiben könnte. Unser klarer Anspruch ist jedoch, dass das ewz diesen Weg nicht geht. Das werden wir auch verfolgen. Unser Ziel ist vielmehr, mit Speichern unnötige und sehr teure Netzausbauten zu vermeiden oder zumindest zu reduzieren. Zudem können wir damit Abhängigkeiten verringern und die Grundlage schaffen, um den beschleunigten Ausbau der Solarenergie besser zu bewältigen. Für die grüne Energiewende sind Investitionen notwendig. Auch wenn es sich hier im Vergleich zu anderen Geschäften um eher kleinere Beträge handelt, sind sie ein wichtiger Teil der Investitionen, die es braucht, um voranzukommen. Christian Häberli (AL), wir sehen deinen Punkt, dass man mit solchen Anlagen Geld verdienen kann. Wir sind aber bereit, gemeinsam mit dir und anderen – und hoffentlich auch mit dem ewz – darauf hinzuwirken, dass diese Speicher sinnvoll und im öffentlichen Interesse eingesetzt werden. Wir sind überzeugt, dass das möglich ist.

Marcel Tobler (SP): Benedikt Gerth (Die Mitte) hat die Strom- und Produktionsspitzen angesprochen und sich daran gestört, dass es diese überhaupt gibt und dass man nun Speicher braucht, um sie aufzufangen. Das ist zwar richtig, aber es gibt eine sehr einfache Methode, um solche Stromspitzen zu reduzieren: indem man die gefährlichen und unnötigen Atomkraftwerke abschaltet. Diese Anlagen drücken permanent Strom ins Netz – auch dann, wenn er gar nicht gebraucht wird und wir mit erneuerbaren Energien wie Solar- und Windkraft bereits genügend Strom haben. Atomkraftwerke lassen sich bekanntlich nicht flexibel herunterfahren. Ich möchte dich deshalb bitten, bei deinen Parteikollegen vorstellig zu werden, die sich gestern im Ständerat in der Kommission für neue Atomkraftwerke ausgesprochen haben. Vielleicht kannst du dort deine Überlegungen zu Stromspitzen und dein Engagement für erneuerbare Energien einbringen.

Moritz Bögli (AL): Es war eine interessante Debatte – nicht nur wegen dem, was gesagt wurde, sondern auch wegen dem, was nicht angesprochen wurde. Damit richte ich mich ausdrücklich an die progressiveren Parteien in diesem Rat. Zur grundsätzlichen Kritik wollte man sich grösstenteils nicht äussern. Allenfalls wurde noch kurz über Profite gesprochen. Auf wessen Kosten wir dieses Projekt verwirklichen, wurde kaum besprochen. Dieses Projekt basiert letztlich darauf, dass der globale Süden für seine Ressourcen ausgebeutet wird. Ich halte es für problematisch, ein solches Projekt durchzusetzen und sich gleichzeitig klimapolitisch auf die Schulter zu klopfen, während die ökologischen und sozialen Kosten andernorts anfallen. Das ist unsolidarisch. Dass viele Parteien zu dieser Frage geschwiegen haben, zeigt auch, dass es darauf ehrlicherweise keine überzeugende Antwort gibt. Wir haben aufgezeigt, dass es andere Lösungsansätze braucht, wenn man Klimapolitik wirklich global denken will.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Mit diesem Geschäft beantragen wir die Möglichkeit, Grossbatteriespeicheranlagen zu realisieren und zu erwerben. Diese Anlagen sind ein zentraler Baustein für eine sichere, klimafreundliche und zukunftsfähige Energieversorgung in der



Stadt Zürich. Nicht nur die Photovoltaik, auch andere erneuerbare Energien werden weiter ausgebaut. Damit steigt die zentrale Herausforderung, Strom dann verfügbar zu machen, wenn er gebraucht wird – nicht nur dann, wenn er produziert wird. Genau hier leisten Speicher einen entscheidenden Beitrag: Sie stabilisieren das Netz, gleichen Lastspitzen aus und erhöhen damit die Versorgungssicherheit. An dieser haben wir hoffentlich alle ein Interesse. Gerade in der Stadt Zürich ist der Ausbau der Photovoltaik wichtig. Es wurde vorhin erwähnt, dass Speicheranlagen irgendwo an der Nordsee dem lokalen Netz wenig nützen könnten. Deshalb liegt ein Dispositivantrag vor, wonach diese Projekte in der Schweiz umgesetzt werden sollen. In der Kommission wurde aufgezeigt, dass die erste Anlage in Auzelg realisiert werden soll und damit direkt dem städtischen Netz dient. Diese Flexibilität im Netzbetrieb ist notwendig, um kostspielige Netzausbauten zu verhindern. Der beantragte Rahmenkredit gibt uns die nötige Handlungsfreiheit, um rasch und marktnah reagieren zu können. Zum Thema Markt und Preisschwankungen wurde gesagt, dass man damit Geld verdiene. Diese Marktanreize sorgen aber auch dafür, dass Speicher gebaut werden, die Strom zeitlich von Phasen mit Überangebot in Zeiten mit höherer Nachfrage verschieben können. Selbstverständlich müssen auch bei solchen Projekten ökologische Aspekte umfassend berücksichtigt werden. Im Batteriebereich gibt es Fragen, die ernst genommen werden müssen. Mir ist aber nicht klar, weshalb ausgerechnet diese Batterien zum Thema werden. Bei der Photovoltaik stellt sich ebenso die Frage, wie nachhaltig produziert werden kann. Entscheidend ist, dass wir diese Fragen bei der Umsetzung konsequent berücksichtigen. Es handelt sich um eine sinnvolle Investition, die betrieblich notwendig und finanziell verantwortbar ist.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende neue Dispositivziffer 3:

3. Der Rahmenkredit ist ausschliesslich für Projekte mit Standort in der Schweiz zu verwenden.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Referat: Sibylle Kauer (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Stéphane Braune (FDP), Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Christian Häberli (AL), Markus Merki (GLP), Ursina Merkler (SP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Minderheit:	Referat: Benedikt Gerth (Die Mitte)
Abwesend:	Dominik Waser (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 109 gegen 9 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



7 / 7

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–3

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–3.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–3.

Mehrheit:	Referat: Stéphane Braune (FDP); Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Minderheit:	Referat: Christian Häberli (AL)
Abwesend	Dominik Waser (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 110 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Realisierung und den Erwerb von Grossbatteriespeicheranlagen, für den Kauf oder die Erhöhung von Beteiligungen an Gesellschaften, die solche Grossbatteriespeicheranlagen halten, für die Gründung von Gesellschaften, die direkt oder indirekt solche Grossbatteriespeicheranlagen halten oder realisieren sowie für die Gewährung von Darlehen an solche Gesellschaften wird ein Rahmenkredit von Fr. 20 000 000.– bewilligt.
2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits entscheidet der Stadtrat.
3. Der Rahmenkredit ist ausschliesslich für Projekte mit Standort in der Schweiz zu verwenden.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. Januar 2026 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 30. März 2026)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat